

Ändert das Leben! Ändert die Gesellschaft! Diese Ideen werden völlig bedeutungslos, wenn kein Raum produziert wird, der dem neuen angemessen ist. (Henri Lefebvre)



Gegen Mietenwahnsinn, Luxussanierung und Verdrängung - die Initiative Recht auf Stadt

68 und die Folgen

Erwähnt man in geneigten Kreisen die Jahreszahl 1968, so entlockt man manchem gestandenen Straßenkämpfer auch heute noch einen entzückten Seufzer, weiche Knie, seliges Grinsen und glänzende Augen. Der Ruf der Revolte, Feuer im Gemäuer, Spiel mir das Lied vom Klassenkampf! Es war aber auch das Jahr, in dem der oben zitierte französische Philosoph Henri Lefebvre in seinem gleichnamigen Buch erstmals ein „Recht auf Stadt“ postulierte. Er analysiert darin die Folgen ungehemmter sozio-kultureller Urbanisierungsprozesse insbesondere vor dem Hintergrund industrieller Verwertungslogik und schuf somit die theoretischen Grundlagen für unterschiedliche soziale Protestbewegungen, die sich zunehmend unter dem genannten Etikett formieren und Bestandteil des öffentlichen Diskurses geworden sind.

Aneignung von Raum

David Harvey und Peter Marcuse sind weitere intellektuelle Wegbereiter der zwischenzeitlich weltweit kursierenden Konzepte, die sich der vorherrschenden neoliberalen Stadtentwicklungspolitik diametral entgegen stellen. Tendenziell zielen diese auf die praktische Aneignung von Raum und Entscheidungsmacht über städtische Prozesse, über Beteiligungskultur und Gestaltungsmöglichkeiten.



Recht auf Stadt in Köln

Erstaunlicherweise hat es fast ein halbes Jahrhundert gedauert, bis sich Anfang 2013 auch in Köln eine gleichnamige Initiative gegründet hat. Waren die anfänglichen Bezugspunkte noch ein anderer Öffentlicher Nahverkehr und mehr Rechte für Flüchtlinge, dominierte die katastrophale Wohnraumsituation schon bald die regelmäßigen Diskussionen und die sich daraus ableitenden Handlungsfelder: Verteuerung, Verdrängung, Mieteraustausch, Verbonzung und Zombifizierung der Stadt in nie gekanntem Ausmaß und nicht mehr hinnehmbarer Form. Unter dem Motto „Keine Profite mir der Miete“ fand im Juni 2013 erstmals eine größere Kundgebung auf dem Rudolfplatz statt. In der Folge fand eine umfangreiche Vernetzung mit studentischen Verbänden, Erwerbslosengruppen oder Flüchtlingsinitiativen statt. Einig in der Wut über die herrschenden Verhältnisse, aber auch in der Angst, das eigene Dach über dem Kopf zu verlieren, wurden gemeinsam unterschiedliche Aktionen durchgeführt. Gemeinsam dabei die Erkenntnis, dass es um unsere Lebensgrundlagen geht, dass Wohnen keine Ware ist und nicht dem „freien“ Spiel der Märkte überlassen werden darf.

Alle für Kalle

Die wohl spektakulärste Protestform war die versuchte Verhinderung der Zwangsräumung von Kalle Gerigk, der nach über dreißig Jahren seine Wohnung verlassen musste. Gemeinsam mit anderen Gruppen wie „Zwangsräumung verhindern“ oder „Wohnraum für Alle“ wurde die Kampagne „Alle für Kalle“ auf den Weg gebracht, die Anfang 2014 für ein veritables überregionales Medienecho sorgte. Temporär. Das Ziel, dass Investoren und Spekulanten die Menschen nicht mehr ohne weiteres (oder eben nur durch massiven Polizeieinsatz) vor die Tür setzen können, bleibt bisweilen unerreicht.



energisch entgegen zu treten. Der Markt wird es nimmermehr richten! Demnach wird Recht auf Stadt weiter kämpfen. Im April 2016 konnte die Initiative über 100 Aktivisten bei Bundesweiten Treffen stadtpolitischer Gruppen in Köln begrüßen. Zurzeit wird die 2. Auflage des Strategiepapiers „Kommunale Wohnungsoffensive Köln“ vorbereitet, außerdem engagiert sich die Gruppe gegen den geplanten Spielkasinobau in Deutz und für den Erhalt des Bauwagenplatzes an der Krefelder Straße, der akut davon bedroht ist, nach 22 Jahren von der Stadt Köln an einen Investor veräußert zu werden. Die Initiative, die im Übrigen keine Sprecher*innen hat, trifft sich jeden zweiten und vierten Montag um 19 Uhr im Bürgerzentrum Alte Feuerwache.

Viele Baustellen

Pfälzer Straße, Mannsfelder Straße, Robertstraße, Bergisch-Gladbacher-Straße, Stammheimer Straße, GAG-Hauptversammlung, Melaten- und Zollstockgürtelgürtel - es gab zahlreiche weitere Betätigungsfelder und Baustellen, auf denen die Initiative seither aktiv geworden ist. Wobei der Begriff „Baustellen“ durchaus wörtlich zu nehmen ist, denn im Zuge des zwischenzeitlich in Kraft getretenen Mietrechtsänderungsgesetzes („Gesetz über die energetische Modernisierung von vermietetem Wohnraum und über die vereinfachte Durchsetzung von Räumungstiteln“) und den damit einhergehenden hemmungslosen Mieterhöhungen drohen weitere massive Verdrängungen. Der Kölner Mieterverein geht von über 100000 Wohnungen aus, die in den kommenden Jahren modernisiert werden sollen. Das Fraunhofer-Institut prognostiziert gar ein Sanierungsvolumen von sagenhaften 1,7 Billionen Euro bundesweit. Damit wird klar, dass ein Recht auf Stadt eben auch ein Politikum ist, der Gesetzgeber muss handeln.

(Michael Scheffer im Sommer 2016)

Die Webseite der Initiative wird z.Zt. umgebaut:
<http://rechtaufstadt-koeln.de/wordpress/>

Die Kölner Initiative in einem Kurz-Porträt in der WDR-Reihe „Hier und Heute“:
<https://www.youtube.com/watch?v=PFi1HSIkRsA>

Mietpreisbremse reicht nicht

Völlig klar ist aber auch, dass die bislang beschlossenen Änderungen wie die sog. Mietpreisbremse oder kommunale Satzungen (Wohnungsbauförderung, Milieuschutz, Bau-landmodell) das Problem nicht annähernd lösen werden. „Die Wohnung ist ein Produkt, dass der Eigentümer am Markt platzieren und dem Willen des Marktes anpassen muss.“ Dieser letztjährigen Aussage des Vorsitzenden des Kölner Haus- und Grundbesitzervereins gilt es

